

Medienmitteilung

Medienbulletin - verantwortlich : Alain Bringolf
rue du Vieux-Billard 25 – Case Postale 232 – 1211 Genève 8
E-Mail : abringolf@vtx.ch

Genf, 19. April 2006

Zur Abstimmung vom 21. Mai 06 über den Bildungsartikel

Die Partei der Arbeit der Schweiz empfiehlt, am 21. Mai zu den Bildungsartikeln ein Nein in die Urne zu werfen.

«Die demokratischen Rechte sind schädlich für die Effizienz,» hat der Tessiner Regierungsrat Pedrazzini von sich gegeben. Das ist es also, weshalb seit zwei Jahrzehnten der Föderalismus auf leisen Sohlen verändert wird. Raffinierte Technokraten des Bundes nennen das den «horizontalen kooperativen Föderalismus».

Das Ziel der Abstimmung vom 21. Mai über die Bildung ist aner kennenswert: Harmonisierung der verschiedenen Systeme, um «die Qualität des helvetischen Erziehungsraumes zu verbessern und ihn zu befähigen, sich auf europäischer und internationaler Ebene durchzusetzen». Indes: die grundlegende Debatte wird vermieden.

Eine massive Entäusserung der demokratischen Rechte

Eine neue Schweiz ist am Entstehen, langsam und ohne Lärm. Und der Leistungsmythos vermag die politische Mehrheit in Begeisterung zu versetzen.

Die Zustimmung zu den neuen Artikeln erlaubt den kantonalen Erziehungsdirektoren, von Juristen ausgebrütete Rahmenabkommen zu erlassen. Diese Entscheide werden getroffen werden, ohne dass ein Parlament etwas dazu zu sagen hätte, weder ein kantonales noch ein eidgenössisches. Das Ergreifen von Referenden wird also nicht möglich sein. Die Mehrheitskantone werden die Minderheit zu den Abkommen zwingen können. Eine erstaunliche Vision für unser föderales System! In der Mehrzahl der Fälle werden die Kantone schliesslich die Initiativen der Bundesverwaltung bzw. der Interkantonalen Erziehungsdirektorenkonferenz zu erdulden haben.

Im Moment, wo das Generalabkommen über den Handel mit Dienstleistungen (Gats) unter der Ägide der WTO ausgehandelt wird, wo Studienbörsen und Universitätstaxen in Frage gestellt werden, wo man beteuert, den «Vorzug der Durchlässigkeit» zu wollen, ohne sie aber zu definieren, in diesem Moment gilt es, nicht nur vorsichtig zu sein, sondern diese Änderungen der Verfassung deutlich abzulehnen.

Eine Harmonisierung der Bildung müsste im Rahmen der demokratischen Entscheidungswege vollzogen werden. Der Drang, alles durcheinander zu bringen, verdeckt zweifelhafte Ambitionen wie die Liberalisierung des Erziehungswesens und belässt den Einfluss der Wirtschaft auf die Bildung.

Daher lädt die Partei der Arbeit der Schweiz die Bürgerinnen und Bürger ein, dieses Projekt an der Urne abzulehnen.

Für die PdAS
Alain Bringolf